

NIEDERSCHRIFT HFA/0022/2023

über die Sitzung des **Haupt- und Finanzausschusses** am 25.05.2023 im Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Herr Matthias Ahlers
Herr Marco Lennertz
Herr Thomas Schulze Temming Vertretung für Frau Heike Ahlers

Herr Franz Josef Schulze Thier
Herr Christoph Ueding
Frau Hanna Hüwe
Herr Thomas Jakobi
Herr Thomas Tauber
Herr Frank Wieland Vertretung für Frau Iris Pawliczek

Entschuldigt fehlen:

Herr Niels Geuking
Herr Carsten Rampe

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing
Herr Martin Struffert

Schriefführerin:

Frau Ute Höning

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:30 Uhr

Die Vorsitzende Frau Dirks stellt zunächst fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen ergibt sich seitens der Ausschussmitglieder kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. **Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen und SPD vom 15.02.2023**
hier: Zuschuss zum 49,00 € Ticket für tafelberechtigte Bürgerinnen und Bürger

Frau Dirks nimmt Bezug auf den eingereichten Antrag und erteilt Herrn Struffert – Leiter des Fachbereiches Soziales - hinsichtlich weiterer Ausführungen das Wort.

Die umfangreiche, sehr detaillierte und lösungsorientierte Vorlage von Herrn Struffert wird von allen Ausschussmitgliedern gelobt.

Anschließend bekräftigt Frau Dirks die Problematik, auf der lokalen Ebene eine Lösung zu finden.

Im Rahmen eines ausführlichen Meinungsaustausches werden folgende Punkte der verschiedenen Fraktionen vorgebracht:

- **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

- Antrag ist wichtig und richtig
- Festlegung der Regelbedarfe ist Bundessache – deswegen Kontaktaufnahme mit dem Bundestagsabgeordneten Herrn Frank Bsirske
- das Land sollte ebenso tätig werden - NRW plant das Sozialticket – aber noch ist nix geregelt
- Kommune sollte der sozialen Verpflichtung nachkommen
- Kritisiert, dass die Regelbedarfe lediglich Kosten zu Tafel decken – Familienbesuche allerdings dann nicht mehr finanzierbar sind
- Sind die Regelbedarfsbezieher über die verschiedenen Abomöglichkeiten ausreichend informiert?
- Vorschlag: Kinder und Personen ü 60 aus der Betrachtung rausnehmen
- Kosten: 4.061,16 € im Jahr – ausgehend von einer Personenzahl von 87
- Erhöhung der Personalkosten für die Stadt – aufgrund der monatlichen Einzelfallprüfung – wird anerkannt / Kann hierzu eine Angabe erfolgen?
- Vorschlag, die Bürger gehen in Vorleistung für ein 49 € Ticket als Jahresabo – somit würde die monatl. Prüfung entfallen, bei Veränderungen z.B. bei Erhöhung des Regelbedarfes müsste dann neu beraten werden
- Fahrtkostenpauschale wird vorwiegend für Tafel verwendet – danach ist nichts mehr möglich

- **Fraktion der SPD:**

- Hinweis auf den Antrag der SPD eine Ausgabestelle der Tafel in Billerbeck einzurichten
- wichtig für den Personenkreis der Hilfebedürftigen tätig zu werden
- Problematik der Gesetzgebung und Kompetenz bekannt

- Zweck und Nutzen stehen zum Verwaltungsaufwand nicht im Verhältnis
 - Vorschlag noch nicht entscheidungsreif – Information zur Ratssitzung gewünscht hinsichtlich des § 11a Abs. 5 SGB II – inwieweit ist dieser zu berücksichtigen – hier ist eine juristische Prüfung notwendig (freiwillige Leistung – zweckgebunden – Geringfügigkeit)
 - Selbstbestimmung und keine Stigmatisierung der Personen sollten im Vordergrund stehen
- **Fraktion der CDU:**
 - Schwierigkeiten bei der Umsetzung werden ebenso gesehen
 - Schließen sich dem Verwaltungsvorschlag an.
 - **Fraktion der FDP:**
 - Probleme bei der Umsetzung werden ebenso gesehen
 - Vorschlag: Andere Angebote dem bedürftigen Personenkreis machen – z.B. Vergünstigungen bei Theaterbesuch
 - Einsatz der errechneten Kosten ca. 4.000 € anderweitig, um monatliche Überprüfung zu umgehen

Seitens der Stadt werden folgende Ausführungen gemacht:

- Angebot Bürgerbus für die Tafeln in Coesfeld und Nottuln
- Zuständigkeit der Regelbedarfsgestaltung liegt beim Bund
- differenzierte Höhen der Regelbedarfsempfänger müssen betrachtet werden
- nicht alle Empfänger nutzen die Tafel / Fokussierung nicht nachvollziehbar
- Vorschlag Thema “Mobilität für Alle, die wenig Geld haben” - beim Bund mittels eines Schreibens anzubringen
- Jahresticket erübrigt nicht die monatliche Prüfung
- Vergünstigungen für Sozialhilfegeldempfänger werden in vielen Bereichen geboten, z.B. Freibad
- Kostenlose Angebote, z.B. Ferienprogramm oder Innenstadtsommer sind da
- Personalkostenaufwand für die monatlichen Überprüfungen können nicht gemacht werden
- § 11a Abs. 5 SGB II geht von unterschiedlichen Ansätzen aus – 5 bis 10 % gelten als anrechnungsschädlich unter der Voraussetzung keiner weiteren freiwilligen Zuwendung – folglich bleibt eine monatl. Prüfung erforderlich (weitere Informationen bis zur nächsten Ratssitzung)
- Sozialarbeiterinnen und Kollegen weisen auf die Mobi-Angebote des ÖPNV hin

Beschlussvorschlag für den Rat:

Der Antrag auf Bezuschussung von 3,98 € für alle Bürgerinnen und Bürger in Billerbeck, die berechtigt sind zur Tafel zu gehen, wird abgelehnt.

<u>Stimmabgabe:</u>	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	5		
Bündnis90/Die Grünen		2	
SPD			1
FDP	1		
Bürgermeisterin	1		

2. **Unterstützung der Partnerstadt Malyn**

Herr Messing erläutert anhand der Sitzungsvorlage den Sachverhalt. Frau Dirks betont, dass die Verwaltung - trotz der offenen Frage nach der Bewilligung von Fördermitteln und der bekannten Haushaltslage – die Unterstützung für richtig halt. Die Ausschussmitglieder bekunden ebenso ihre Unterstützung.

Beschlussvorschlag für den Rat:

1. Die Stadt Billerbeck stellt bei der Förderstelle Engagement Global im Rahmen der Kleinstprojektförderung jeweils einen Antrag für den Ankauf des MTW's und des LKW's.
2. Ferner stellt die Stadt Billerbeck bei der Förderstelle Engagement Global einen Antrag auf Transportkostenzuschuss bis zu max. 5.000,00 €.
3. Die Haushaltsmittel in Höhe von 14.000,00 € für die Ersatzbeschaffung eines neuen Schneeräumschildes werden überplanmäßig bei dem Produkt 01065,78314000 zur Verfügung gestellt.
4. Wird die angestrebte Förderung in Höhe von 22.707,00 € nicht bewilligt, werden die Fahrzeuge (MTW u. LKW) inclusive des jetzt genutzten Schneeräumschildes dennoch der Stadt Malyn unentgeltlich überlassen.

Stimmabgabe: einstimmig

3. **Investitionsplanung und weitere Maßnahmenplan bis zum Ende der Wahlperiode 2025**

Frau Dirks nimmt Bezug auf den eingereichten Antrag der CDU und betont, dass zu Beginn ihrer eigenen Wahlperiode schon keine finanziellen Spielräume vorhanden waren. In den vergangenen Jahren war immer die 10-Jahresplanung Grundlage der Investitionsplanung und es wurde nie in Wahlperioden gedacht. Beispielhaft nennt Frau Dirks zwei Großprojekte – die neue Feuerwache und der notwendige Aus-/Umbau der Mensa, die hohe Investitionen erforderten bzw. noch erfordern. Hierfür reichen die Investitionspauschalen bei weitem nicht aus.

Seitens der CDU wird nochmals betont, dass

- Investitionen nur in Höhe der Pauschalen getätigt werden sollten
- das Geld des n.ä. Rates nicht schon vorab ausgegeben werden sollte

- generationsübergreifend gedacht werden sollte.
- Maßnahmen noch besser geplant werden müssen.

Anschließend stellt sich nach einem ersten Meinungsaustausch der Ausschussmitglieder heraus, dass aufgrund der umfangreichen Daten, Zahlen und Planungen noch Beratungsbedarf besteht und das Thema – auch hinsichtlich der anstehenden Haushaltsplanberatungen 2024 – in den nächsten Ausschuss verschoben wird.

Mit dieser Vorgehensweise sind alle Ausschussmitglieder einverstanden – somit wird kein Beschluss gefasst.

4. Mitteilungen

Keine.

5. Anfragen

Keine.

Marion Dirks
Vorsitzende

Ute Höning
Schriftführerin